

**Bibliothek
des Instituts für Weltwirtschaft
an der Universität Kiel**

Signatur

A 9574

II 6637/62

Denkschrift,

betreffend

die Stellung

des

Großherzogthums Mecklenburg-Schwerin

zur

Elbzoll-Frage.



7106.

Schwerin 1862.

Druck der Hofbuchdruckerei von A. W. Sandmeyer.



U e b e r s i c h t.

	Seite.
I. Einleitung. Die verschiedenen Interessen. Die frühere Behandlung der Ermäßigungsfrage	1
II. Die in neuerer Zeit aufgetretene Behauptung eines Rechts und vertragsmäßigen Anspruchs auf Ermäßigung	5
III. Erörterung des rechtlichen Standpunkts der Sache	9
IV. Beurtheilung der factischen Frage, ob Mecklenburg mehr, als wozu es sich erboten, zu thun im Stande ist	27
V. Widersprüche, in welche die jetzt das Recht auf Herabsetzung u. geltendmachenden Staaten mit sich selbst gerathen	36
VI. Die Gründe, mit welchen man die unentschädigte Herabsetzung u. versieht, sind vielmehr nur Gründe für die Entschädigung	43
VII. Die allein mögliche Lösung	45

I. Einleitung. Die verschiedenen Interessen. Die frühere Behandlung der Ermäßigungsfrage.

Wenn der Artikel 30 der Elbschiffahrtsacte einer wiederkehrenden Revisionscommission außer Anderem auch die Bestimmung gab, einen Vereinigungspunkt zwischen den Uferstaaten zu bilden, um zugleich Veranstaltungen und Maßregeln, welche nach neuerer Erfahrung Handel und Schifffahrt ferner erleichtern könnten, zu berathen, so konnte es von vorn herein nicht unerwartet sein, daß sich dabei im Laufe der Zeit die verschiedenartigsten Interessen zur Geltung zu bringen versuchen würden. Dies mußte namentlich in Rücksicht des Tarifs und der hiebei von der einen Seite auf Ermäßigung, von der anderen Seite auf Festhaltung des fixirten Betrages hinweisenden Interessen der Fall sein. Oesterreich, Preußen, Sachsen hatten zu der in solcher Rücksicht sich aufwerfenden Frage eine völlig andere Stellung als die unterwärts gelegenen Uferstaaten; jene wurden bei der Einfuhr wie bei der Ausfuhr theilweise nach der ganzen, theilweise wenigstens nach einer größeren Länge des Stromes von den Hebestellen betroffen, während für die dem Meere näher belegenen Staaten bei der fast ausschließlich in Frage kommenden seewärts zu geschehenden Einfuhr und Ausfuhr nur eine kleinere Zahl von Zollstätten zu passiren war; bei jenen drängten bestehende Industrien und Fabriken zur Erleichterung des Verkehrs auf demjenigen Strom, der einen sehr namhaften Absatz und Bezugsweg für

ihre Erzeugnisse und den Bedarf ihrer Production bildete, während hier, in Mecklenburg zumal, Industrien und Fabriken nur in einem sehr untergeordneten Grade in Betracht kommen. Ein lebhaftes Handels- und Schiffahrtsgewerbe mußte Städten wie Magdeburg und Hamburg, jenes der Knotenpunkt, in dem alle Verkehrsadern aus dem inneren Deutschland zusammentrafen, dieses der Hauptstapelplatz für allen überseeischen Verkehr von und nach Deutschland, eine völlig andere Stellung geben, und ihren Staaten ein völlig anderes Verhalten vorzeichnen, als wo vermöge Lage und Beschaffenheit des Landes weder ein erheblicher Handel existirt, noch in irgend entsprechenden Verhältnissen je aufkommen kann. Diese und tausend andere mitwirkende Umstände konnten nicht umhin, bei den verschiedenen Uferstaaten die verschiedenartigsten Interessen bei der Frage nach Ermäßigung des Tarifs zum Ausgangspunkt nehmen zu lassen.

Dem entsprechend war denn in der That auch der Gang der Verhandlungen. Es konnte nicht Wunder nehmen, Desterreich zunächst und vor Anderen mit Anträgen auf allgemeine Ermäßigung der Elbzölle auftreten zu sehen; es selber participirte an denselben nur dann und insoweit, als Waaren nach Böhmen und aus Böhmen verschifft wurden, und also nur zum Bedruck seiner eigenen Angehörigen; es sah in den Elbzöllen nur seine Industrie und seinen Consum besteuert, und mußte also von ihm der Vereinigungspunkt, der in der Revisionscommission zwischen den verschiedenen Uferstaaten geboten war, naturgemäß dazu genutzt werden, die Pflichtigkeit, mit der es den niederwärts gelegenen Staaten tributair war, thunlichst zu beseitigen. Hamburg, obgleich völlig entgegengesetzt am Ausgang des Elbzollgebiets gelegen, war aus anderen Rücksichten auf dieselben Bestrebungen hingewiesen; in einem erleichterten Elbverkehr sah es nur den Betrieb seiner

Handelsvermittlungen bis in das Herz von Deutschland, und umgekehrt seinen Vertrieb aller Producte deutschen Gewerb= fleißes und der Boden=Erzeugnisse aus dem innersten Continent nach überseeischen Absatzstätten, also vorzugsweise seine Handelsinteressen, begünstigt, während es an den Elbzölle keinen Antheil hatte; Hamburg stimmte also jeden Ermäßigungs= anträgen, von welcher Seite sie auch kamen, naturgemäß bei. Preußen war solchen allgemeinen Ermäßigungsanträ= gen Anfangs nicht geneigt; es betonte bis in die 2te Revi= sions=Commission hinein (von 1842 bis 1844) sehr stark sein entgegenstehendes fiscalisches Interesse, „es habe“, so hieß es in der bezüglichen Stelle der Protocolle (p. 192 der II. Revisions=Commission) „vor der neuen Regulirung auf 15 Stellen fast allein so viel erhoben, als jetzt der ganz allge= meine Zollsatz betrage, und doppelt so viel, als es jetzt dem Sage nach zu erheben befugt wäre. Der Erreichung des Ein= verständnisses habe es sehr große pecuniaire Opfer gebracht, deren Vermehrung mit Billigkeit nicht von ihm erwartet wer= den könne.“ Erst als im Laufe der Zeit seine particularen Interessen eine andre Richtung wiesen, und die Ermäßigung der Elbzölle auch in seinem Vortheil erscheinen ließen; als mit der Herabsetzung und dem späteren Fallen der Durchgangs= abgaben im Zollvereinsgebiet und mit dem Eintritt der con= currirenden Eisenbahnen die Verleugnung des fiscalischen Interesses durch überwiegende Vortheile commercieller und industrieller Natur auch ihm auf der Elbe geboten war, trat es den allgemeinen Ermäßigungs=Anträgen bei, und nahm dieselben in eben dem Grade lebhafter auf und selber in die Hand, als die eigenen Vortheile lebhafter dabei theilhaftig waren, und die Agitation der zumeist dabei interessirenden Privaten und Corporationen, namentlich des Magdeburger Handels= standes, größere Dimensionen annahm. Und so war überall

der Ausgangspunkt der Anträge und Bestimmungen der einzelnen Staaten durch das eigene Interesse geboten.

In dieser Weise bestätigte sich, was von vornherein nicht zweifelhaft sein konnte, daß bei dem ganzen Gange der Verhandlungen jeder Uferstaat seine Interessen vor allem in erster Linie im Auge haben würde, und wir sind so weit entfernt, dies irgend einer der beteiligten Regierungen zum Vorwurf machen zu wollen, daß wir vielmehr darin nur die Erfüllung des einer jeden Regierung selbstverständlich gegebenen Berufes erkennen können.

Einen ähnlichen Gang wie diese auf allgemeine Ermäßigung des Tarifs im Ganzen gerichteten Bestrebungen, nahmen auch die im Einzelnen gestellten Ermäßigungs-Anträge, und solche, wo es sich um Versetzung von Waaren in begünstigte Zollungsklassen handelte. Wie hätte es auch wohl anders sein können, als daß dergleichen Anträge, wo sie von den einzelnen Staaten gestellt wurden, gerade diejenigen Artikel ins Auge faßten, die für den betreffenden Staat als Einfuhr- und resp. Ausfuhr-Artikel von vorwiegendem Interesse waren? So ist denn auch gleich der erste Ermäßigungs-Antrag, der von Oesterreich in der XIV. Conferenz der I. Revisions-Commission ausging, solchen Inhalts. Oesterreich sucht die Herabsetzung der Artikel nach, deren erleichterter Verkehr wesentlich Böhmen interessirt; es macht dessen überall kein Hehl, wie dazu ja auch kein Anlaß war; es will die eigene Industrie und die Ausfuhr seiner Landes-Producte befördern, und sagt ausdrücklich „den übrigen Uferstaaten gleiche Begünstigungen für die Gegenstände ihrer Production und ihres Handels“ als Equivalent zu, wenn sie auf sein Ansuchen eingingen (XIV. Protocoll, Bogen f.). Ebenso gilt sein Antrag in der II. Revisions-Commission (p. 432 ff. der Protocolle) unumwunden der Erleichterung Böhmens und des Böhmischen Handels. Auf der

anderen Seite, als in der III. Revisions-Commission von Oesterreich, Sachsen und Hamburg in einem gemeinschaftlichen Vortrage auch die Herabsetzung von Baumöl, Palm- und Cocusöl und einiger anderer Artikel auf $\frac{1}{4}$, Soda und Thran, Terpentin und Terpentinöl auf $\frac{1}{5}$ des bisherigen Normal-
satzes empfohlen wurde, erklärte Preußen (p. 71 der bezüglichen Protocolle), daß es in eine Herabsetzung dieser Artikel zu dem beantragten Maße um deswillen nicht willigen könne, „weil dies erhebliche Gegenstände des Transithandels auf den Straßenzügen durch die Odermündungen, oder auf der Straße über Neu-Berun und auf der Eisenbahn über Myslowitz seien, welche dort einer Durchgangsabgabe von 10 Sgr. unterlägen.“ Es könne selbst bei Ermäßigung dieser Durchgangsabgaben auf 5 Sgr. nur zur Herabsetzung auf $\frac{1}{2}$ des Normal-
satzes sich zustimmig erklären; es wollte also die Vortheile jenes Verkehrs auf den anderen Straßenzügen sich nicht durch den Elbverkehr beeinträchtigen lassen. Und so wurden auch in dieser Hinsicht überall die eigenen Interessen in erster Linie berücksichtigt, und waren für die Anträge und Ablehnungen wie für die Entschliessungen die maßgebenden Ausgangspunkte.

II. Die in neuerer Zeit aufgetretene Behauptung eines Rechts und vertragsmäßigen Anspruchs auf Ermäßigung.

Wenn wir nun nach dem Obigen es auch völlig in der Ordnung finden, daß jeder der Uferstaaten bei den Verhandlungen der Revisions-Commissionen vor Allem zunächst sein durch die verschiedensten mitwirkenden Ursachen sich bestimmendes Interesse im Auge hatte, so traten doch bis auf die letzten Revisions-Commissions-Verhandlungen diese Bestrebungen nur in derjenigen Gestalt auf, wie sie mit dem Rechte

aus den Verträgen und mit der Würde jedes der mitcom-
 pacisirenden Staaten vereinbarlich waren. Mit Nachdruck
 wurde stets die Reciprocität, daß man gegen das Zugeständniß
 auch die Interessen der anderen Staaten berücksichtigen werde,
 betont, wie wir bei dem ersten Oesterreichischen Ermäßigungs-
 vorschlag schon gesehen; die Anträge wurden empfohlen wesent-
 lich noch aus dem Gesichtspunkt, daß in den Einnahmen durch
 den gesteigerten Verkehr Ausgleichung werde geboten werden, und
 daß die anderen Staaten, die bei den Ermäßigungsanträgen
 nicht in derselben Richtung betheiligt seien, dennoch mit der
 Begünstigung solcher ihnen fremder Interessen auch die eigenen
 Interessen auf eine oder die andere Weise wohl gewahrt sehen
 würden. Ueberall wurde damit an die freie Entschließung jedes
 der Betheiligten appellirt. — Seitdem hat aber leider diese
 ruhige und allein, wie wir glauben, begründete Anschauungs-
 weise immer mehr einer anderen Auffassung den Platz räumen
 müssen, die, wenngleich niemals rein und unvermischt hinge-
 stellt, doch immer deutlicher einen völlig anderen Gesichtspunkt
 in den Vordergrund zu stellen sich bemüht; es soll danach der
 einzelne Uferstaat verpflichtet sein, unangesehen die eigenen
 Interessen, den Elbverkehr selbst mit Opfern, die in seinen
 Verhältnissen nicht angezeigt sind, zu befördern, und, unbe-
 kümmert um die weiteren Folgen und unausbleiblichen Rück-
 wirkungen, sinnt man demselben derartige Opfer und Einbußen,
 auch in so weit an, als ihr Maß und ihre Größe zu den
 Kräften und den Interessen seiner eigenen Angehörigen völlig
 außer Verhältniß steht.

Schon in der 3., mehr noch in der 4. und 5. Revisions-
 Commission sind nämlich Anträge auf Ermäßigung resp. Be-
 seitigung der Elbzölle mit dem Anspruche aufgetreten, daß die
 Zustimmung zu denselben im Interesse des Elbhandels und
 der Elbschiffahrt gewährt werden müsse, und daß diese Zu-

stimmung und zwar unentschädigt auch von denjenigen Staaten nicht vorenthalten werden dürfe, die zugestandenemassen an dem Elbhandel und der Elbschiffahrt für jetzt sehr wenig theilhaftig sind. Den Elbhandel, so heist es, die Elbschiffahrt habe man sich verpflichtet zu befördern, und dieser Verpflichtung sei zu genügen nicht im Interesse dieses oder jenes Staats, sondern um der Erhaltung des Elbhandels und der Elbschiffahrt willen, also ohne Rücksicht auf particulare Vortheile oder Nachtheile. Opfer, die man dabei zu bringen habe, würden der Sache gebracht, die man zu fördern übernommen, dem Ganzen gälte es, nicht den einzelnen Staaten. — Dies Alles verhüllt die Sache, verbirgt den Kern derselben nicht. Elbhandel und Elbschiffahrt sind nicht sich selber Zweck; sie sollen wieder nur den Zwecken dienen, die sie zu fördern im Stande sind. Die Opfer werden in der That den Staaten, die an dem Handel und an der Schiffahrt auf der Elbe theilhaftig sind, gebracht, und sind verloren für diejenigen, die daran Theil zu nehmen keinen Verus noch Möglichkeit haben. Sie kommen vorwiegend der Böhmischn, Schlesischen, Sächsischen Industrie, dem Handels- und Schifferstande Magdeburgs und Hamburgs in eben dem Masse zu Gute, als diese an den commerciellen und industriellen Interessen des Elbhandels einen lebhafteren Theil haben, und es würde ersteren allerdings ein willkommenes Gewinn sein müssen, wenn die Elbacte und die auf Grund derselben zusammentretende Revisions-Commission ihnen dazu dienen könnte, die Auflage, mit der sie den unterwärts gelegenen Uferstaaten vermöge uralter verbriefter Rechte pflichtig sind, unentschädigt beseitigt zu sehen.

Wenn daher, nachdem in der III. Revisions-Commission der schon weitgehende Ermäßigungs- Antrag Oesterreichs, Sachsens und Hamburgs noch wesentlich aus dem Gesichtspunkt der finanziellen Ausgleichung durch gesteigerten Verkehr

empfohlen war (p. 61 der bezüglichen Protocolle), in der IV. Commission dem von Hamburg gestellten Ablösungsproject zunächst von Preußen mit den Worten widersprochen wurde: „daß für die Regulirung des Elbzolltarifs eine conventionsmäßige Grundlage vorhanden sei, vermöge welcher man die Ermäßigung als eine vertragsmäßige Verpflichtung zu fordern und resp. zu gewähren habe“, und demgemäß nun eine Herabsetzung des Normalsatzes auf $\frac{1}{10}$ und auf $\frac{1}{40}$, dergestalt, daß alle Waaren, die bis dahin zu $\frac{1}{1}$, $\frac{1}{2}$, $\frac{1}{4}$ und $\frac{1}{5}$ tarificirt waren, mit Ausnahme des Steinsalzes, zu $\frac{1}{10}$, letzteres aber, so wie sämtliche übrige Waaren zu $\frac{1}{40}$ des bisherigen Normalsatzes verzollt werden sollten, begehrt wurde, und dieser Auffassung nun auch von Oesterreich und der Sache nach auch von Sachsen, Lübeck und Hamburg beigetreten ward, (Cesr. u. N. p. 14 und p. 60 der bezüglichen Protocolle) so konnten Staaten, wie Mecklenburg, Hannover, Dänemark, dies nur als eine Beeinträchtigung ihrer Rechte zurückweisen. Zu welchen heftigen Austritten, zu welchem traurigen Ausgang dieser Widerstreit geführt, ist bekannt; ohne auch nur die übrigen zur Erörterung gekommenen und zum Abschluß reifen Arbeiten über Verbesserung des Strombetts, über schiffahrtspolizeiliche Maßregeln etc. zu erledigen, wurden die Beratungen abgebrochen und die Commission löste sich factisch auf, des Widerspruchs von Mecklenburg, Hannover und Dänemark, die vorerst das Erreichbare abzumachen als Pflicht der Commission hinstellten, gegen die Legalität solches Abbruchs ungeachtet.

Wie sehr auch diese Erfahrung von einem weiteren Vorgehen in solcher Richtung hätte abrathen sollen, so bietet doch leider auch der bisherige Gang der Verhandlungen in der 5. Revisions-Commission dazu wenig Aussicht. Preußen hat denselben Antrag, den wir so eben aus der 4. Revisions-Commission kennen gelernt, unverändert erneut; desgleichen

Hamburg den seinigen, welcher in zweiter Linie nach dem Ab-
 lösungs-Project gestellt war und der sich von dem Preussischen
 nur dadurch unterscheidet, daß er nicht voll so weit geht als
 der letztere, und nach 3 Classen von $\frac{1}{4}$, $\frac{1}{20}$ und $\frac{1}{40}$ des
 bisherigen Sages für jetzt zu belassen in Aussicht nimmt.
 Der Widerstreit der Meinungen ist noch völlig derselbe, indem
 Oesterreich, Preußen und Sachsen, desgleichen thatsächlich
 Hamburg, indem sie diese und andere Ermäßigungsanträge
 urgiren und weitere Ermäßigungen vorbehalten, ausdrücklich
 dieselben als eine vertragemäßige Verpflichtung ansprechen, und
 demzufolge in Ablehnung jeglicher Ausgleichung der Opfer,
 die insbesondere Mecklenburg und Hannover dabei zu bringen
 haben, die Herabsetzung begehren. Wie gern wir auch befreund-
 eten Staaten jede Förderung ihrer Interessen gönnen, und
 wie sehr wir auch zu denselben in bundesfreundlichem Ent-
 gegenkommen gern mitgewirkt haben und ferner mitzuwirken
 bereit sind, so steht es uns doch in dem ruhigen Bewußtsein,
 daß wir es eben an diesem Entgegenkommen nicht haben
 ermangeln lassen, gegen solche Forderungen zu, das Recht zu
 betonen.

Wir werden es nicht unternehmen, diesen Rechtspunkt
 hier erschöpfend darlegen zu wollen; nur das Nöthigste anzu-
 führen sei uns gestattet, zur Beantwortung der beiden Fragen,
 ob Mecklenburg solchen Anträgen beizustimmen verpflichtet
 ist und ob auch nur mit Billigkeit ein Solches von ihm
 erwartet werden kann.

III. Erörterung des rechtlichen Standpunkts der Sache.

Mit dem Rheinocctroi und dessen nach dem Pariser Frieden
 geschehener Neugestaltung steht der Ursprung der Artikel 108
 bis 116 der Congreßacte, und mit diesen wieder die Elbacte

in enger Verbindung. Welche Tendenz der Rheinoctroi von 1804 verfolgte, ist zu bekannt, als daß es der Darlegung bedürfte. Zur Entschädigung der durch den Rüneviller Frieden depossedirten Reichsstände, zur Dotation des Kurerzkanzlers von Mainz wurde er geschaffen, dergestalt, daß aus den Einkünften zunächst der Kurerzkanzler 350,000 Gulden, und weiter die zu entschädigenden Reichsstände eine Masse directer und subdiarisch darauf gelegter Renten beziehen sollten.

So spricht denn ausdrücklich auch die auf Grund dieses Reichsdeputationschlusses zu Stande gebrachte Convention sich dahin aus: *Sa Majesté Impériale l'Empereur des Romains ayant approuvé le voeu de la dernière députation de l'Empire tendant à ce que, pour compléter la dotation de l'Electeur Archichancelier et les indemnités adjugées à plusieurs autres princes et états, il fut établi un Octroi de navigation du Rhin* —, und anerkennt damit ihre obengedachte Bestimmung. Als der Pariser Friede den Rheinoctroi neu zu ordnen unternahm, war diese Bestimmung thatsächlich schon völlig wieder beseitigt. Auch die rechtsseitige Hälfte des Octroi, auf die allein jene Entschädigungen angewiesen gewesen, war bereits im Jahre 1810 frei von jeder Belastung Frankreich überlassen, und in specie die darauf angewiesenen Renten waren von dem Kurerzkanzler, dormaligen Großherzog von Frankfurt, bei der Constituirung dieses Großherzogthums auf die Einkünfte seiner Domainen in Hanau und Fulda übernommen worden. So fand der Pariser Friede den Rheinoctroi, der aus des Feindes Hand entrisen ward, völlig frei von jeder rechtlich oder factisch bestehenden Belastung vor, und keinerlei Besitzverhältniß beengte in Rücksicht der Neugestaltung das freieste Ermessen. Dennoch wurde nur bestimmt, daß in Rücksicht der persönlichen, subjectiven Zulassung zur Schifffahrt

der Rhein frei sein sollte für Jedermann („la navigation sera libre de telle sorte qu'elle ne puisse être interdite à personne“); rücksichtlich der droits à lever ward aber sofort ins Auge gefaßt, daß man die früher daran bestandenen Rechte, obgleich sie damals thatsächlich nicht mehr darauf ruheten, nicht mißachten könne; dem Congresse wurde es vorbehalten, die Abgaben demgemäß zu ordnen, und man stellte ihm nur die Aufgabe, in thunlichste Erwägung zu ziehen, wie sich selbige mit dieser Beachtung auf die gleichmäßigste und dem Handel günstigste Weise würden ordnen lassen. Mit Absicht vermied daher der Artikel 5 des Friedensinstruments den Grundsatz auszusprechen, daß nur das Interesse des Handels und der Schifffahrt bei der Neugestaltung zu beachten wäre, — wollte man von diesem Grundsatz ausgehen, so wäre man wahrlich in der Lage gewesen, ihn sofort zu proclamiren —, sondern weil man diesen Grundsatz nicht glaubte aufstellen zu dürfen, behielt man es dem künftigen Congreß vor, die Principien zu finden, nach welchen man die zu erhebenden Abgaben auf die gleichmäßigste und günstigste Weise würde regeln können: (d'après lesquels on pourra régler les droits à lever“). — Keinen Augenblick war es denn auch auf dem Congresse und in der zur Entwerfung der Flußschifffahrtsartikel dort zusammentretenden Commission zweifelhaft, daß es die unerläßliche Aufgabe sei, die durch den Reichsdeputationsschluß auf den Rheinoctroi gelegten Rechte der Rentengläubiger zu achten. Daß dies in der ausgedehntesten Weise geschah, erhellt mit Evidenz aus der nachstehenden Betrachtung. Jetzt, wo auch das linke Rheinufer an Deutschland gekommen war, mußte der alte Detroi in seiner im Jahre 1804 halb zu Gunsten Deutschlands und halb zu Gunsten Frankreichs begründeten Gestalt eo ipso aufhören; und wollte man auch von dem Zwischenfall, daß selbiger im

Jahre 1810 vollständig in die Hände Frankreichs übergegangen war, absehen, so lag noch immer die Reflexion nahe, nach strengen Grundsätzen ihn als gänzlich erloschen zu betrachten. Zur Abwendung einer derartigen materiellen Rechtsverletzung constituirte man *re vera* einen neuen Detroi, und übertrug dasjenige, was durch den angezogenen Reichsdeputations= schluß nur auf den Detroi des rechten Rheinufers gelegt ward, auf die beiderseitigen Uferstaaten. Das in jüngster Zeit mehrfach genannte Erkenntniß des Oberappellations=Gerichts in Celle in causa der freien Stadt Frankfurt wider die deutschen Rheinuferstaaten pto. subsidiarische Rheinoctroi= Rente, auf welches wir demnächst noch zurückkommen werden, führt dies des Näheren aus.

Und was man rücksichtlich des Rheines in dieser Weise als ein durch den wiedergewonnenen Besitz sittlich gebotenes Vermächtniß achtete, das sollte man rücksichtlich der übrigen Flüsse, an denen noch das in täglicher Uebung vorhandene Besitzverhältniß den unverändert fortbestehenden Rechten um so stärkere Gewähr verlieh, zu mißachten unternommen haben? Wiederum sagt nur der Art. 5 des Pariser Friedens: „il sera examiné dans le futur congrès, de quelle manière la disposition ci dessus pourra être étendue aux autres fleuves“, und man will es unternehmen, in diese Worte die Absicht der Friedensmächte hineinzutragen, daß sie, ohne die betheiligten Staaten auch nur zu fragen, fremde Rechte mit einem Federstriche hätten auslöschen wollen? Zu einer Zeit, wo soeben erst wie ein gewaltiges Zeichen die unerschütterliche Macht des Rechts gegenüber der Gewalt und Willkür sich manifestirt hatte und alle Gemüther mit dem heiligsten Ernst erfüllte, haben sicher die Mächte, die in Anerkennung dessen sich gedrungen fühlten, alle ihre Tractaten und zumal dies erste Friedenswerk ausdrücklich im Namen der heiligen Dreieinigkeit

zu errichten, nicht damit beginnen wollen, wohlervorbene Rechte fremder Staaten ungefragt hinwegzudictiren. Keine Sylbe in den angezogenen Worten des Pariser Friedens bietet dazu auch nur die Andeutung; Sinn und Geist der Verträge erweisen entschieden das Gegentheil; die Anwendung, welche die Bestimmung des Pariser Friedens auf den Rhein erhalten, zeigt, wie man auch hier, wo völlig Neues begründet wurde, gar nicht schwankte, selbst die früher auf dem untergegangenen Detroi bestandenen Rechte auf den neuen zu übertragen, dies vielmehr als unabweisbar gebotene Pflicht ansah; und wenn nun nur vorgeschrieben war, zu untersuchen, in welcher Weise wohl die für den Rhein ausgesprochene Regelung auch auf die übrigen Flüsse könnte ausgedehnt werden, so konnte aus solcher Bestimmung die auf dem Congreß zusammentretende Commission nicht den Beruf entnehmen, Principien aufstellen zu dürfen noch zu wollen, die nicht alle bestehenden Rechte zu achten zur unabweichlichen Norm genommen hätten.

Man hat mehrfach das oben erwähnte vom Celler Oberappellationsgericht in Sachen der freien Stadt Frankfurt wider die deutschen Rheinuferstaaten wegen einer subsidiarischen Rheinvetroi-Rente im Juli 1860 gesprochene Austrägal-Urtheil gegen Mecklenburg angeführt, indem man einen einzelnen Satz, dessen wahrer Inhalt schon in der V. Revisions-Commission von dem diesseitigen Bevollmächtigten hinreichend dargelegt worden, herausriß. Wir werden es nicht unternehmen, auf solche Einzelheit — die nur im ganzen Zusammenhang ihre richtige Würdigung finden kann — hier einzugehen. Was aber recht eigentlich das Urtheil in seiner Entscheidung enthält und was daraus für Mecklenburg folgt, davon hat man abgesehen zu reden. In dem Urtheil nun aber ist recht eigentlich entschieden, daß bei Aufrichtung des neuen Detroi Deutschland verpflichtet gewesen sei und sich nicht hätte entziehen dürfen,

die früher von Kaiser und Reich auf den Rheinoctroi gelegten Rechte zu respectiren; denn aus dieser als unbestreitbar hingestellten Auffassung ist schließlich die Verurtheilung auch der linksrheinischen Uferstaaten hervorgegangen, obgleich an sich die Garantie des Bundes die subsidiarischen Renten nur, wie sie durch den Reichsdeputationschluß begründet und also lediglich auf die rechtsseitige ideelle Hälfte angewiesen waren, zu garantiren schien. Wir heben aus den Entscheidungsgründen nur die folgenden Worte heraus (p. 94 des im Druck erschienenen Urtheils): „Daß der deutsche Bund durch diese Garantie (sc. der auf dem Reichsdeputationschluß beruhenden und auf den neuen Octroi angewiesenen Rechte der depofitirten Reichsstände) eine unabweisbare Verpflichtung erfüllt hat, kann nicht in Frage gestellt werden“; — und erinnern nur daran, daß wirklich auch die linksrheinischen Uferstaaten als auf welche mit der Zuweisung des Octroi auch jene unabweisbare Verpflichtung zur Zahlung der Renten ebenmäßig mit übergegangen sei, sind verurtheilt worden. Ja weiter in dem Maße sind schließlich alle bezüglichen Uferstaaten verurtheilt worden, daß sie ausdrücklich gehalten erkannt sind, zur Berechnung des Ueberschusses, woraus die subsidiarischen Renten bezahlt werden sollten, Alles ad computum zu bringen, was sie nicht bloß wirklich vereinnahmt, sondern auch was sie etwa durch Herabsetzung des allgemeinen Tarifs und durch Zollnachlässe zu wenig vereinnahmt hätten (Cesr. p. 104 und 132 sub b. des gedachten Urtheils). Also trotzdem daß man die Förderung der Handels- und Schifffahrtsinteressen so sehr als den Inhalt des Pariser Friedens und der auf dem Wiener Congreß geschlossenen Verträge betont, ist hier ausdrücklich entschieden, daß die Uferstaaten eine unabweisbare Verpflichtung zur Erfüllung der den Rentengläubigern durch den Reichsdeputationschluß zugesicherten Rechte überkommen,

und daß sie nicht zur Beeinträchtigung fremder Rechte und niemals zu diesem Effecte die Zölle hätten ermäßigen können. Und was ist nun für ein Unterschied zwischen den depossedirten Reichsständen, denen auf den Rheinoctroi Entschädigungen angewiesen waren, und Mecklenburg? Mecklenburg ist, wie jene durch den Lüneviller Frieden, so seinerseits durch den Westphälischen Frieden depossedirt worden; wie jene zur Entschädigung für ihre durch den Frieden an Frankreich abgetretenen Besitzungen am linken Rheinufer die aus den Rheinzöllen zu gewinnenden Renten erhielten, so erhielt Mecklenburg in gleicher Weise für seine zur Erreichung des Westphälischen Friedens an die Krone Schweden abzutretenden Besitzungen — Schweden hatte sich nicht das Schlechteste ausbedungen! — die Elbzölle „auf ewige Zeiten,“ wie es im Art. XII. des Friedensinstrumentes heißt, zur Entschädigung. Ist dieses minder von Kaiser und Reich auf die Elbe gelegt, als die von Kaiser und Reich auf den Rhein gelegten Renten? Hatte in Achtung jenes, aus völlig gleicher Veranlassung originirenden Rechts Deutschland eine minder „unabweisbare Verpflichtung“ zu erfüllen, als bei den im Lüneviller Frieden depossedirten Reichsständen? War dieses Recht etwa deshalb minder zu achten, weil es noch in ununterbrochener Uebung bestand, und in thatsächlicher Geltung täglich seine Existenz manifestirte? Dies war nur der Grund, weshalb es einer Garantie der Wiederherstellung nicht, wie solches bei den Renten der Fall war, bedurfte; es bestand, und nirgends war sein Bestand in irgend welchem völkerrechtlichen Acte angetastet. — Wenn das Celler Erkenntniß es als völlig freitlos hinstellt, daß man weder beim Pariser Frieden noch auf dem Wiener Congresse die Verpflichtung zur vollsten Achtung und Wiederherstellung der durch Kaiser und Reich begründeten Rechte der depossedirten Reichsstände irgend wie abgelehnt oder angezweifelt hat,

so erhellt gerade aus demselben mit Evidenz, daß es nur dazu in Bezug genommen werden kann, um die Achtung der auch thatsächlich bestehenden Rechte in Rücksicht der übrigen Flüsse Seitens des Congresses zu documentiren.

Kein Wort enthalten denn auch die für die Schifffahrt der übrigen Flüsse, welche verschiedene Staaten durchströmen oder trennen, bestimmten s. g. allgemeinen Artikel, die demnächst als Artikel 108—116 in die Congressacte aufgenommen wurden, kein Wort, das eine entgegenstehende Auffassung zu rechtfertigen vermag. Auch sie waren von der Commission, in der allein Frankreich, Großbritannien, Preußen und Oesterreich vertreten waren, ohne Concurrenz der Uferstaaten entworfen, zum sicheren Zeichen, daß es sich auch bei ihnen nicht um eine Beeinträchtigung von Rechten, sondern nur um unnachtheilige Ordnung und Regelung derselben nach einem einheitlichen Principe handelte. Wer dieselben unbefangen liest, wird dann auch nicht die leiseste Spur irgend gewaltthätiger Verkümmierungen oder auch nur von Zumuthung derselben darin erkennen. Dasselbe System der Polizei und der Abgabenerhebung sollte eingeführt werden, „autant que faire se pourra“, wie es ausdrücklich heißt; es wird sich ausdehnen auch auf die Nebenarme und Zusammenflüsse, „à moins que des circonstances particulières ne s’y opposent.“ La quotité des droits, qui en aucun cas ne pourront excéder ceux existans actuellement, sera déterminée d’après les circonstances locales, qui ne permettent guère d’établir une règle générale.“ Wir meinen, man konnte nicht deutlicher aussprechen, als es hiemit geschah, daß überall die bestehenden Rechte zu achten als Pflicht und unerläßlich bezeichnet wurde. Und wenn man hinzufügte: on partira néanmoins, en dressant le tarif, du point de vue d’encourager le commerce, en facilitant la navigation, et l’octroi

établi sur le Rhin pourra servir d'une norme approximative, so braucht man nur auf das vorstehend vom Rhein Dargelegte zu verweisen, um zu erkennen, daß auch hier an Kränkung bestehender Rechte nicht entfernt gedacht worden war. Mit jenen Worten war nur die ganze Art der Veranlagung, nicht das Maß der Abgaben, rücksichtlich dessen ja eben ausgesprochen war, daß es sich nach den localen bestehenden Verhältnissen richten müsse, in's Auge gefaßt. Denn das Ganze der Veranlagung, nicht blos die Höhe des Tarifs, hatte der Artikel zu ordnen, die Bestimmung; er führte sich mit den Worten ein: les droits seront fixés d'une manière uniforme, invariable et assez indépendante de la qualité des marchandises etc., und wenn sich in diesem Artikel nun neben der Bestimmung, daß die quotité des droits sera déterminée d'après les circonstances locales, nach einem Punkte dann auch die Worte finden: „On partira néanmoins, en dressant le tarif, du point de vue d'encourager le commerce,“ so war damit eben nur gesagt, daß man trotzdem (néanmoins), soweit es mit jener obigen Bestimmung sich vereinigen lasse, die Schifffahrt zu erleichtern zur Aufgabe stelle. Daß man keineswegs die Höhe des Rheinoctrois, sondern wesentlich nur das Ganze der Veranlagung, wie sie detaillirter für den Rhein bestimmt war, zur annäherungsweise Norm empfehlen wollte, ist nicht etwa blos unsere Meinung, sondern auch die der Preussischen Regierung gewesen. Denn in der VI. Conferenz der Dresdener Commission zur Entwerfung der Elbacte (v. 6. Aug. 1819) ließ sie durch ihren Bevollmächtigten erklären: „die Einführung eines Elb=Octroisystems sei weder nothwendig noch rätlich; nicht nothwendig: denn der Art. 111 des Wiener Vertrags beschränkte sich, das Rheinoctroisystem zum Behufe ähnlicher Einleitungen ganz allgemein zu empfehlen; nicht rätlich, denn die Vertheilung der im Ganzen erhobenen Gefälle

nach Uferstrecken (dies war eben das Rheinoctroisystem) würde bestimmte und gerechte Protestationen nach sich ziehen.“

Wie weit man übrigens auf dem Congresse entfernt war, unter Kränkung bestehender Rechte die Schifffahrt erleichtern zu wollen, wird recht auch aus dem Schicksal ersichtlich, welches dem Clancartyschen Amendement auf dem Wiener Congresse widerfuhr. Als nämlich der Großbritannische Bevollmächtigte, Lord Clancarty, bei dem 4. Artikel der Rheinschifffahrtsbestimmungen — wo davon die Rede war, daß man zu einer künftigen Erhöhung des Tarifs auf dem Rhein nur aus ganz besonderen Ursachen schreiten würde, und dabei, bei solcher Erhöhung, von dem Princip ausgehen wolle, daß die Abgaben in erster Linie (principalement) nur bestimmt wären, die Kosten zu decken, — das Amendement stellte: statt principalement destinés zu setzen: que ces droits ne pourraient être considérés comme une source de revenu direct, da erklärten sämtliche übrigen Mitglieder der Commission — England war freilich auf dem Rheine dies uneigennütziges Princip zu stellen wohl in der Lage — das Amendement einstimmig für unzulässig: tous les autres membres de la commission ayant opiné qu'on ne pourrait pas mettre en avant ce principe (sfr. 7. Conferenz der Wiener Commission für die Freiheit der Flußschifffahrt, bei Klüber Acten des Wiener Congresses 3. Band p. 171 f.). So war ausdrücklich auch wegen des Rheins, wo zur Bestimmung der Principien im Interesse der Schifffahrt wegen der völligen Neubegründung des Detrois weit freiere Hand als bei den übrigen Flüssen gelassen war, dennoch der Grundsatz abgelehnt, daß man nur die Kosten durch die Abgaben decken wolle, eben weil man sich verpflichtet hielt, den an dem untergegangenen Detroi begründeten gewesenen Rechten bei dem neu begründeten Detroi gerecht zu werden; und nur für die etwaige Erhöhung nahm man

jenes Princip als wesentlich entscheidend, weil eben dadurch vor Allem eine Erhöhung nothwendig und dringend geboten sich herausstellen konnte. Wie viel weniger also hat man rücksichtlich der anderen Flüsse, deren Uferstaaten bei der Aufrihtung der allgemeinen Artikel weder concurrirt hatten noch concurriren sollten, eine Erleichterung der Schifffahrt mit Verletzung bestehender Rechte, ohne auch nur die betroffenen Staaten zu fragen, zum Ziele gehabt; wie viel weniger war solches auch in jenen allgemeinen Artikeln (108—116 der Congressacte) ausgesprochen, als hier ausdrücklich die *quotité des droits d'après les circonstances locales, qui ne permettent guère d'établir une règle générale*, zu bestimmen zur Aufgabe gesetzt war.

Rein Gedanke dessen, wohl aber bestimmt das Gegentheil, wird denn auch aus den Verhandlungen, durch welche demnächst in den Jahren 1819—1821 auf Grund dieser Artikel die Elbacte zu Stande kam, ersichtlich. Wir haben bereits erwähnt, wie in jenen Verhandlungen auch das Detroitssystem, der Modus der gemeinsamen Erhebung und demnächstigen Repartition der Auskunft nach dem streckenweisen Antheil der Uferstaaten an dem Stromufer und dessen Anwendung auf der Elbe, zur Sprache gebracht wurde. Oesterreich befürwortete Anfangs dies System mit den Worten (sfr. Protocoll der III. Conferenz der Dresdener Commission vom 25. Juni 1819) „daß jene Einrichtung dem Handel alle gewünschten Vortheile und dem Fiskus seine Einkünfte sichern würde“; und anerkannte also schon damit, daß es gälte, auch die begründeten fisciälen Rechte zu achten. Dennoch fand dieser Plan unter demnächstigem Beitritt auch Oesterreichs wegen der durch die gegebenen Verhältnisse für die Elbe gebotenen Schwierigkeiten keinen Anklang und erklärte Preußen, wie schon angeführt: „die Vertheilung der im Ganzen erhobenen Ge-

fälle, nach den Uferstrecken der einzelnen Territorien, werde bestimmte und gerechte Protestationen nach sich ziehen.“ Und indem nun alle Uferstaaten aus diesen Gründen eben die gemeinsame Erhebung und streckenweise Vertheilung für undurchführbar erkannten, bestätigten sie damit auch ihre Auffassung, daß jeder Einspruch gerechtfertigt sei, der auf Beeinträchtigung bestehender Rechte sich gründen könnte. Indem sie um dieses Grundes willen jenen Modus fallen ließen und zur Vermeidung jeder Verletzung nun den anderen adoptirten, daß jeder Uferstaat an seiner Uferstrecke für sich das Maß des ihm rechtlich Zustehenden erheben solle, erkannten sie es an, daß jedes Uferstaates Rechte geachtet werden müßten, nur daß den Bestimmungen der Congressacte gemäß alles dies auf ein einheitliches System der Erhebung wesentlich nach dem Gewichte und zur Vermeidung lästiger Verifikationen zurückzuführen sei. Wie schlagend auch diese Einzelheiten sind, mehr noch beweist der ganze Inhalt der Verhandlungen, daß auf keiner Seite bei den Dresdener Verhandlungen zur Zustandbringung der Elbacte auch nur daran gedacht wurde, irgend eines Uferstaats Rechte durch eine Entziehung im Interesse des Handels kränken zu dürfen, daß man vielmehr jedes Uferstaats bisherige Rechte zu voll zu achten sich zur unabweichlichen Norm setzen zu müssen glaubte.

So kam denn die Elbacte mit einer einheitlichen, von allen Staaten zu erhebenden, wie es in der Convention heißt, gemeinsamen Schifffahrtsabgabe zu Stande, die für jeden Uferstaat den festen, genau nach dem Maße seines bisherigen Rechtes berechneten Zollsatz fixirte. — Damit war an sich für alle Zukunft und völlig die Sache abgeschlossen. Ja so sehr war von den Bestimmungen der Congressacte nur ein einmaliger definitiver Abschluß ins Auge gefaßt, daß es im Artikel 116 ausdrücklich hieß: *le règlement une fois arrêté*

ne pourra être changé que du consentement de tous les états riverains. Es war damit völlig der Zukunft und dem späteren Belieben der einzelnen Uferstaaten selbst der Modus, auf dem eine Veränderung hergeführt werden könnte, anheimgestellt, so daß die auf Grund der Congressbestimmungen zusammentretende Commission sogar durchaus ihre Aufgabe erfüllt haben würde, wenn sie überall eine mögliche Veränderung gar nicht ins Auge gefaßt, sondern dieserhalb Alles, selbst den Modus und das Medium der Herbeiführung, der Zukunft überlassen hätte. Das Ziel, welches die Bestimmungen der Congressacte, wie es auch im Pariser Frieden vorgezeichnet war, allein verfolgten, war nur die Zustandebbringung eines den damaligen Bedürfnissen entsprechenden Reglements, darauf sich richtend, daß die Schifffahrt frei sein sollte in subjectiver Beziehung, und daß die Abgaben, wie wir oben gezeigt, unter Achtung aller bestehenden Rechte nach einem einheitlichen System geregelt und geordnet würden; die mögliche Fortbildung dieses Reglements nach etwaigen Bedürfnissen der Zukunft hatten sie noch in keiner Weise im Auge; ihnen galt es nur des principes d'après lesquels on pourra régler (dies eine Mal und für die damaligen Bedürfnisse) les droits à lever, (Art. V des Pariser Friedens), und wie es in den allgemeinen Artikeln des Wiener Congresses hieß, (Art. 116) tout sera déterminé par un règlement commun, qui ne pourra être changé que du consentement, und speciell in Bezug auf die Abgaben (Art. 111) les droits seront fixés d'une manière invariable, et le tarif une fois réglé il ne pourra plus être augmenté que du consentement. Alles Zukünftige also überließ man der Zukunft, und selbst in dem Zusatz, daß jede Aenderung du consentement de tous les états riverains dependire, sprach man aus, daß man dieserhalb eben Nichts bestimmen wolle.

Wenn also nach den Bestimmungen des Pariser Friedens und der Congreßacte die für den Abschluß der Elbacte in Dresden zusammengetretenen Commission an sich nur die Aufgabe hatte, ein Reglement zu entwerfen, wie es jenen Bestimmungen entsprach, also die persönliche Freiheit der Schifffahrt mit Beseitigung aller exclusiven Verschiffungs- und Umschlagsgerichtigkeiten durchzuführen, und ein gemeinsames System der Polizei und der Abgaben-Erhebung, letztere im Interesse des Handels und der Schifffahrt auf das Gewicht basirt, um lästige nach der Qualität der Waaren sich bestimmende Controllen zu vermeiden, einzuführen, auch überhaupt soweit es mit bestehenden Rechten sich vereinigen ließe, die dermaligen reglementären Bestimmungen so zu treffen, daß dadurch Handel und Schifffahrt möglichst erleichtert wären; — wenn weder die Congreßbestimmungen selbst schon, auch für eine künftige Abänderung Principien aufzustellen, unternahmen, noch solche aufzustellen der Commission, die nur zur Ausführung des von ihnen Vorgezeichneten berufen war, zur Aufgabe stellten; — so bleibt nur die Frage übrig, ob wirklich die Commission über die ihr gestellte Aufgabe hinaus in der Elbacte auch noch Grundsätze vereinbart habe, nach welchen auch die Abänderung schon der nach den Congreßbestimmungen aufgerichteten Ordnung und des dort fixirten Tarifs nach den Verhältnissen der Zukunft später sollte zwangsweise gefordert und resp. gewährt werden dürfen und müssen.

Der Artikel 30 der Elbacte wird dafür angezogen. Und was ist hier bestimmt? Die Elbrevissions-Commission, die von Zeit zu Zeit zusammentretend die genaue Beobachtung der aufgerichteten Ordnung zu überwachen hätte, sollte zugleich „einen Vereinigungspunkt für die Uferstaaten bilden, um auch Veranstaltungen und Maßregeln, die nach neuerer Erfahrung Handel und Schifffahrt ferner erleichtern könnten, zu berathen.

Diese (berathenen Veranstaltungen und Maßregeln) sollte dann jeder Bevollmächtigter bei seiner Regierung zur Bewirkung eines Beschlusses in Vorschlag bringen.“

Das sind die Worte des Artikels und was ist dadurch bestimmt? Ein Medium, — und weiter Nichts —, das zu Berathungen zwischen den Uferstaaten über künftige Erleichterungen dienen könnte. Mit keinem Worte ist auch hier der Grundsatz, der von den Congressbestimmungen recht eigentlich in den Vordergrund gestellt wurde: *le règlement une fois arrêté ne pourra être changé que du consentement de tous les états riverains*, und daß man also über solche künftige Veränderungen Nichts vorschreiben könne, — verlassen; mit keinem Worte auch der andere, der bei der gesammten, im Jahre 1821 getroffenen Ordnung, den Bestimmungen des Pariser Friedens und der Congressacte entsprechend, maßgebend gewesen war: daß man keine bestehende Rechte verletzen dürfe; vielmehr war auch hier ausdrücklich Alles darauf gestellt, daß es künftig möglich werden könnte, Handel und Schifffahrt noch weiter zu erleichtern, womit doch offenbar nur bezielt sein konnte, daß dies von sämmtlichen einzelnen Uferstaaten als möglich und gewährbar würde gehalten werden. Wenn dies nach den späteren Erfahrungen sich als möglich herausstellen sollte, dann, meinte man und sprach es aus, würde in der Revisions-Commission das Medium vorhanden sein, durch das man bezügliche Maßnahmen berathen und zum Beschlusse der einzelnen Regierungen vorlegen könnte. Grundsätze aber, neue Grundsätze, nach denen die einzelnen Regierungen gehalten wären, der Erleichterung zustimmen zu müssen, auch wenn sie in ihren Interessen dabei nur zu leiden und an der Hand der Erfahrung nur überwiegende Nachtheile ohne ausgleichende Vortheile davon zu gewärtigen hätten, waren darin nicht proclamirt, vielmehr durch jene Betonung der Möglichkeit, daß an der Hand

der Erfahrung vielleicht ferner der Handel *ic.* erleichtert werden könnte, ausdrücklich das Gegentheil in den Vordergrund gestellt, daß eben jede Regierung die Möglichkeit solcher Gewährung nach ihren Verhältnissen zu ermessen haben werde. — Hätte man die einzelnen Regierungen unter den Grundsatz, daß sie unter Umständen Erleichterungen des Handels und der Schifffahrt gewähren müßten, stellen wollen, so hätte der Satz ganz anders lauten müssen; er lautete nicht einmal dahin: daß man Maßnahmen, die nach neuerer Erfahrung zur Erleichterung des Handels und der Schifffahrt erforderlich seien, in der Revisions-Commission berathen und zum Beschlusse bringen wolle und solle. Hätte er aber auch so gelautet, so würde selbst dann daraus noch nicht folgen, daß nun jede Regierung die als erforderlich erscheinenden Maßregeln ohne Weiteres zu gewähren habe. Selbst damit wäre einseitig nur das Ziel aufgestellt, daß, wenn künftig weitere Erleichterungen nothwendig sein sollten, diese ins Leben zu rufen wären; daß Mittel, durch welches, der Weg, auf dem solches Ziel demächst zu erreichen sei, war damit noch in keiner Weise berührt, und selbst bei solchem aufgestellten Ziele blieb es dann noch völlig in der Ordnung, daß wo jenes Ziel nur mit unausgeglichenen Opfern für einzelne Staaten, mit wesentlichen Vortheilen für die anderen zu erreichen stand, solche Opfer den betroffenen Staaten von denen, die an den Vortheilen überwiegenden Antheil hatten, auszugleichen wären. Jeder Staat wäre nur verpflichtet gewesen, die Andersgestaltung seiner Rechte, die Umgestaltung derselben, wo sie für den Handel *ic.* erforderlich sei, nicht zu versagen; wenn aber eben noch der Berathung und erneuten Beschlußnahme unter den Regierungen unterliegen sollte, wie diese Andersgestaltung ins Leben zu rufen, so war damit noch jeder Regierung das Wie in Ueberlegung zu nehmen und ob der vorgeschlagene Modus auch seinen In-



teressen vor denen der übrigen unpräjudicirlich sei, völlig untangirt vorbehalten.

So stände die Sache selbst dann, wenn das Princip des Artikels 30 der Elbacte gelautet hätte, die Erleichterungen, die nach veränderten Umständen im Interesse des Handels erforderlich würden, berathen und fördern zu wollen; wie viel mehr, da der Artikel ausdrücklich nur lautet, und jeder Staat ausdrücklich nur das adoptirt hat: Erleichterungen *re.*, die man gewähren könnte, zu berathen und thunlichst zu vereinbaren.

Ueberall also, in dem Pariser Frieden, in den Congressbestimmungen, in der Elbacte und in allen bezüglichen Verhandlungen, finden wir nur dafür Anhaltspunkte, daß das Recht, die bestehenden Rechte jedes einzelnen Uferstaats, zu voll geachtet werden müßten und geachtet werden sollten, und nirgends eine zwangsweise auferlegte Verpflichtung, diesen Rechten unter irgend welchen Umständen vergeben zu müssen.

Es ist übrigens bereits im Eingange hervorgehoben, wie selbst von den Uferstaaten, welche die gegentheilige Ansicht vertreten, das, was ihnen zu beweisen obliegt, die zwangsweise vertragsmäßige Verpflichtung keineswegs unvermischt festgehalten wird, wie denn auch eine solche Verpflichtung nicht zu erbringen ist. Es wird vielmehr, weil Sinn und Inhalt der Verträge zu solchem Beweise nicht genügen, auf die Vertrags-Absicht recurrt, und hervorgehoben: das Recht der Zustimmung oder Ablehnung, das man allerdings nicht bestreite, finde seine Grenze, wo es sich um Maßregeln handle, „die zur Erfüllung einer wesentlichen und unzweifelhaften Vertrags-Absicht nothwendig sind.“ So findet sich diese Argumentation schon in der 3. Revisions-Commission (pag. 187 der Protocolle), und wird hier eingeleitet mit den Worten: „der Beitritt zu solchen Modificationen (des vertragsmäßigen Tarifs) sei allerdings der freien Selbstbestimmung eines jeden der

Uferstaaten vorbehalten; doch sei es darum noch nicht gerechtfertigt, diesen Beitritt zu versagen, wenn es um Maßregeln sich handelt, die zur Erfüllung einer unzweifelhaften Vertragsabsicht nothwendig sind.“ Diese selben Worte werden erneuert und wiederholt in der IV. Revisions-Commission (Cfr. p. 74 und p. 211 der bezüglichen Protocolle) von den verschiedensten Seiten geltend gemacht, und überall nicht bloß der Sinn und Wortlaut der Verträge, sondern auch ihr Zweck zur Erbringung jenes Beweises herangezogen. Diese Vertragsabsicht, dieser Zweck der Verträge sei die Erleichterung und Beförderung des Handels gewesen.

Aber eben, indem man so auf die Vertragsabsicht, die bei dem Stipulirten geleitet, recurriert, und aus der Absicht, in der man das vertragsmäßig Festgesetzte beschlossen, nun auch eine Abänderung dieses Festgesetzten, i. e. des vertragsmäßigen Tarifs, um solcher Absicht willen anspricht; ist man, unbewußt oder bewußt, von dem Boden des Vertragsmäßigen zu dem anderen übergeschritten, auf den die Frage allerdings und einzig und allein gehört, daß man nämlich nur an die bei jeder Regierung vorauszusetzende, schon früher bei den Verträgen bethätigte Absicht, gern die Interessen des Handels und der Schifffahrt auf der Elbe zu fördern, appelliert, und also an den hohen sittlichen Beruf, der jeder Regierung innewohnt, seine Ansprache richtet. Damit ist die Frage von dem Gebiete des vertragsmäßigen Rechts aber ausgeschieden; man hat damit, daß man auf die Vertragsabsicht, und nicht auf das, was abgemacht worden, zu recurriren nöthig fand, selbst zugestanden, daß ein vertragsmäßiges Recht und dem gegenüberstehende vertragsmäßige Verpflichtung nicht existirt, und es hat damit und in Beihalt des Punkt für Punkt voraufgehend Erörterten zunächst unsere erste Frage ihre Beantwortung gefunden, auf welcher Seite das Recht steht, wenn

von einzelnen Uferstaaten die Herabsetzung und resp. Beseitigung der Elbzölle als eine vertragemäßige Verpflichtung hat angesprochen werden sollen.

IV. Beurtheilung der factischen Frage, ob Mecklenburg mehr, als wozu es sich erboten, zu thun im Stande ist.

Es führt uns der zuletzt berührte Punkt von selbst zu unserer zweiten Frage und deren Beantwortung: zu zeigen nämlich, daß im Interesse und zur Förderung des Handels und der Schifffahrt auf der Elbe Mecklenburg stets bereit gewesen und noch erbötig ist, Alles dasjenige zu thun, was nach seinen Verhältnissen nur immer zu thun ihm möglich gewesen und möglich ist.

Wir erachten es zwar — und jede Regierung wird darin einstimmen — als nur der eigensten Beurtheilung unterliegend, was jedem Staat nach seinen Verhältnissen in solcher Rücksicht zu thun und resp. zu unterlassen geboten und zulässig ist, und keine Regierung wird an die andere die Darlegung der innersten Domesticata, deren allseitige richtige Würdigung bei dieser Frage in Betracht kommt, ansprechen können und wollen. Wir haben aber keinerlei Grund, mit dem zurückzuhalten, was auch zur Beantwortung dieser Frage völlig genügen und es erkennen lassen wird, daß Mecklenburg nicht allein mehr nicht thun kann, sondern daß sogar die diesseitige Regierung ihren höchsten Pflichten entgegenhandeln würde, wenn sie, ihre Rechte mißachtend und in die Schanze schlagend, dem Lande und sich selber mittels einer unentschädigten und ohne Ausgleichung zu geschehender Aufopferung eine für alle Zukunft dauernde nicht geringfügige Last auferlegen wollte.

Dabei wird es gestattet sein, auch daran zu erinnern, daß Mecklenburg das Recht auf die Elbzölle mittels eines

schweren Opfers erkaufte, und, nothgedrungen durch die Kriegsläufe, das Recht auf die immerwährende Zollerhebung als eine Entschädigung für schmerzlich geopfert Landestheile hat hinnehmen müssen. Als zur Erreichung des Westphälischen Friedens außer Anderem auch Stadt und Hafen Wismar, die Insel Wallfisch und Land und Amt Poel und Neukloster sammt allen Zubehörungen für die Krone Schweden ausbedungen war, und das ohnehin durch die Drangsale des Krieges, wie allzubekannt, vor Allem aufs Schwerste heimgesuchte Mecklenburg auch noch dieses Opfer bringen sollte und mußte, ward ihm, wie es in dem fraglichen Friedens-Instrument Art. XII. heißt, „in perpetuum“, „für ewige Zeit“ das Recht auf die Elbzölle zu Boizenburg und Dömitz, die es bis dahin mittels temporärer Verleihung zeitweise von Kaiser und Reich gehabt, zur mehreren Entschädigung gegeben; und in der Confirmations-Urkunde, die demzufolge im Jahre 1651 (und später wiederholt erneuert) erfolgte, wurde dies mit den Worten: „wie zur Erhaltung des Friedens der Herzog das beste Kleinod Ihres Landes hergegeben“, bestätigt.

Wir leiten aus solcher Entstehung sowohl das Recht als die Pflicht her, bei uns selber zu prüfen und zu erwägen, ob das also erkaufte und uralte verbrieftete Recht jetzt unentschädigt und mit neu dem Lande anzufinnenden Opfern hingegeben werden darf. Die Verneinung dieser Frage ist bis dahin ein unabweislicher Veruf des diesseitigen Gouvernements, so lange nicht einerseits Mecklenburg mit dem finanziellen Ausfall anderweitige Vortheile eintauscht, welche jenen Ausfall aufzuwägen oder auch nur auszugleichen im Stande sind, und so lange sich nicht zugleich herausgestellt, daß jener finanzielle Ausfall nach den Verhältnissen des Landes ohne Nachtheile gedeckt und getragen werden kann.

Beides ist nun aber nicht der Fall, und wir wollen, um Solches zu zeigen, nur einige Daten anzuführen uns erlauben.

Schon im Eingange ist es erwähnt, daß Mecklenburg nicht in gleichem Maße, wie die oberelbisch gelegenen Uferstaaten ja überhaupt nicht in irgend nennenswerthem Maße an den Vortheilen des Elbhandels und der Elbschiffahrt betheiligt ist, und solches wurde auch von den übrigen Staaten wiederholt — die Verhandlungen geben dessen an allen Orten Zeugniß — anerkannt. Zum Passivhandel, zum Vertriebe außerdeutscher Waaren nach dem Innern von Deutschland auf dem Wege der Elbe, zur Verführung umgekehrt der Producte deutschen Gewerbleißes auf diesem Strome, ist Mecklenburg, wie dort schon die Gründe angedeutet sind, nicht gelegen, und selber ist es ein wesentlich Ackerbau treibendes Land, dem sich für die Ausfuhr seiner Producte wie für die Einfuhr seiner Consumtionsartikel vorzugsweise in seiner langen Meeresküste die verschiedensten anderen Bezugs- und Verkehrsstraßen öffnen. Nach Süden, d. h. elbaufwärts auch nur seine Producte zu verführen, dazu hat es nach der Natur der letzteren, da auch die oberelbischen Staaten mit denselben gesegnet und resp. auf andere günstigere Bezugsquellen hingewiesen sind, keine Aussicht, und ohne eine eigne Industrie ist es überall nicht in der Lage, den Elbweg stromaufwärts seinerseits mit irgend welchen Vortheilen benutzen zu können. So weisen also der Activ- wie Passivhandel sowohl die Einfuhr wie die Ausfuhr auf andere Wege. Die Interessen seines Schifferstandes ruhen an der Ostsee, nicht auf der Elbe; und selbst insoweit die Elbschiffahrt Mecklenburgs an der Erleichterung durch Beseitigung und Herabsetzung der Zölle in geringem Maße Theil hat, so würde doch dieser im Verhältniß gegen die Schiffahrt und den Handel der anderen Uferstaaten völlig zurücktretende Antheil wesentlich nur mit eigenen Opfern, die zum über-

wiegendsten Theile nur dem Handel und der Elbschiffahrt der anderen Staaten zu Gute kämen, erkaufte; es würden außer bei den eigenen Zollstätten ihm an fremden Erleichterungen wesentlich nur die an der Rauenburger Zollstätte zu gewähren den zu Gute kommen. Wäre die Elbe, wie es nicht der Fall ist, die einzige oder auch nur hauptsächlichste Verkehrsstraße für Mecklenburg; hätte letzteres in gleichem Verhältniß wie andere Staaten die Möglichkeit eines Passiv- und Activhandels; besäße es, wie Sachsen, Schlesien und Böhmen Industrien, deren Hebung mit einer Erleichterung des Elbverkehrs ausgleichende Vortheile gewährte; würden seine Landesproducte in gleichem Maße auf den Elbweg gewiesen sein, wie für die oberelbischen Staaten der Absatz elbniederwärts eine Lebensfrage ist; könnte ferner Mecklenburg nach Lage und Beschaffenheit ähnlich wie Hamburg, Magdeburg und andere Hafenplätze an der Elbe den Vertrieb auswärtiger Waaren ins Innere Deutschlands, und umgekehrt die Verführung deutscher Producte ins Ausland auf dem Wege der Elbe erreichen; — dann, und selbst dann, wenn diese und noch viele andere hier nicht alle aufzuzählenden Voraussetzungen bei ihm und bei allen Staaten in gleichem Maße zuträfen, würde es an einer Erleichterung des Elbverkehrs durch Ermäßigung und Herabsetzung der Elbzölle wesentlich nur in dem Größenverhältnisse seines Ländergebiets und seiner Bevölkerungszahl und soweit diese letztere an den obengedachten Voraussetzungen Theil zu nehmen berufen wäre, betheiligt sein. Es stände also selbst dann noch an den Vortheilen des billigeren Transports gegen die übrigen größeren und namentlich oberelbischen Uferstaaten in eben dem Maße zurück, als diese bei dem Elbverkehr einen größeren Complex ihrer Angehörigen und ihres weiten Ländergebiets betheiligt sähen. Wie viel mehr schwindet dieser Vortheil auf ein unverhältnißmäßig geringeres Maß zusammen,

als alle jene hier nur zum Theil angedeuteten Voraussetzungen eben nicht zutreffen; wo vielmehr Mecklenburg und seine ganze Bevölkerung vorwiegend auf eine andere, als auf commercielle und industrielle Thätigkeit hingewiesen ist, und bei der großen Ausdehnung seines Küstengebietes an der Ostsee, in Verbindung mit der Natur seiner Producte, alle seine Handels- und Schiffahrtsinteressen nur auf den überseeischen Weg, nicht auf die Elbschiffahrt weisen. Genug, in Beihalt aller dieser und vieler anderer zusammenwirkender Ursachen, wird es ersichtlich sein, wie der Antheil, den Mecklenburg an den Vortheilen der durch unentschädigte Herabsetzung und Auflassung der Elbzölle zu beschaffenden Erleichterung der Elbschiffahrt zu nehmen be-
rufen ist, im Verhältniß zu den ihm angesonnenen Opfern, zu einem völlig verschwindenden Minimaltheile herabsinkt; während dagegen in eben der umgekehrten Proportion denjenigen Staaten, die auf den Elbweg, sei es zur Verführung und zum Vertriebe ihrer eigenen Industrie- und Landes-Producte, sei es zur Hebung ihres Expeditionen- und Passivhandels, wie endlich im Interesse ihrer Consumenten und auch ihres Schiffergewerbes, wesentlich und mit tausend zusammenwirkenden Vortheilen hingewiesen sind, alle jene Vortheile und die von den unterelbischen Staaten, durch Auflassung der Elbzölle dafür zu bringenden Opfer fast ausschließlich zu Gute kommen.

Kann also hierin für Mecklenburg ein ausgleichender Vortheil für den finanziellen Ausfall nicht gefunden werden, so kommt zu diesem Allem nun noch hinzu, daß es daneben noch überdies von Nachtheilen betroffen würde, die es auszugleichen und zu übertragen wahrlich nicht in der Lage ist.

Mecklenburgs Finanzhaushalt ist ein von dem der übrigen Staaten abweichender. Der Ausfall an den Elbzoll-Einnahmen würde nicht die Landes-, sondern nur die landesherrlichen Cassen treffen. Soweit nicht die übrigen Theile des Landes

grundgesetzlich fest bestimmte Summen an Beiträgen leisten, muß der Landesherr die Kosten des Landes-Regiments aus dem Ertrage seiner Domainen und anderen ihm überwiesenen Einnahmequellen, namentlich den Elbzöllen, bestreiten. Es tritt also zunächst an den Landesherrn die Frage hinan, ob er den Ausfall aus den Elbzöllen, die eine jährliche Einnahme von über 100,000 Thlr. repräsentiren, auf seine Domainen übernehmen könne oder ob solches nicht der Fall; und selbige muß um so mehr verneint werden, als der Ertrag aus den Elbzöllen einer großen Classe von landesherrlichen Gläubigern als feste und sichere Hypothek constituirt worden; überdies auch hausvertragsmäßig eine nicht unerhebliche ganz feste Rente für den Großherzog von Mecklenburg-Strelitz auf die Elbzoll-Erträge gelegt ist.

Es bleibt noch übrig, den Rückwirkungen, welche sich aus einer Herabsetzung oder Aufhebung der Elbzölle auf andern Gebieten für Mecklenburg ergeben, etwas näher in's Auge zu sehen; in dieser Hinsicht ist zunächst die Hamburg-Berliner Eisenbahn zu nennen.

In demselben Maße nämlich, in welchem sich der Waarenverkehr von den Eisenbahnen ab- und der Elbe zuwenden wird, werden die Einnahmen der Eisenbahn gedrückter, und demgemäß geringer ausfallen. Mecklenburg ist, abgesehen noch von den Landtransitabgaben, deren Erträge in gleichem Verhältniß mit dem geminderten Eisenbahnverkehr sinken, an der genannten Bahn mit einem Stammcapital von 1½ Millionen Thaler Lit. B.-Actien theilhaftig; es übernahm solche zu einer Zeit, in welcher es nur durch diese seine Theilhaftigkeit möglich ward, jenes Unternehmen, dessen commercielle Bedeutung nicht weiter dargelegt zu werden braucht, ins Leben zu rufen; zu einer Zeit, in welcher diese Theilhaftigkeit wahrlich keinen unmittelbaren Gewinn, wohl aber zunächst erhebliche Einbußen

an Zinsen in Aussicht stellte. Die im Laufe der späteren Zeit demnächst eingetretene und jetzt bestehende gute Rentabilität dieser s. g. Lit. B.-Actien der Berlin-Hamburger Eisenbahn wird naturgemäß sofort erheblich sinken, wenn der Verkehr durch Freigebung der Elbe von der Eisenbahn ab dem Wassertransport zugeführt wird.

Wenn nun diese Nachteile dieselben bleiben auch bei einer Ablösung der Elbzölle und einer Ausgleichung für die direct an den letzteren entstehenden Ausfälle, so wird es als kein geringes Opfer angesehen werden dürfen, wenn Mecklenburg, alle diese mit der Ablösung der Elbzölle nebenher in Zusammenhang stehenden Nachteile nicht achtend, um des bundesfreundlichen Entgegenkommens willen, das es den Interessen der anderen Elbuferstaaten bezeigen will, sich zu einer Ablösung der Elbzölle bereit erklärt. Als in der III. Revisions-Commission von Oesterreich zuerst ein auf Ablösung gehender Antrag gestellt, und dabei „nicht verkannt wurde, daß es für „mehrere der Uferstaaten, welche nach ihren Verhältnissen bei „den von der Beseitigung der Elbzölle zu gewärtigenden commerciellen und industriellen Vortheilen in minderm Grade „betheiligt sind, schwer fallen würde, sich ihrer diesfälligen „Einnahme ohne allen Ersatz zu begeben“ (cfr. Protocolle der III. Revisions-Commission p. 13), erklärte sich Mecklenburg, im Verein mit Hannover und den 3 Anhaltischen Staaten, trotz des Erkennens der anderweitigen Nachteile doch bereit (Ibid. p. 16), auf Verhandlung der Oesterreichischen Anträge einzugehen, sofern nur der Grundsatz nicht blos einiger, wie in den Anträgen angedeutet war, sondern vollständig entsprechender Entschädigung für die durchschnittlich zu berechnende Elbzolleinnahme adoptirt werde. Auch Hamburg fand es „im höchsten Grade willkommen“ und „die vollste Anerkennung“ verdienend, wenn nach dem Antrage der Oesterreichischen Re-

gierung die Hannoverschen, Mecklenburgschen und Lauenburger Elbzölle gegen baare Entschädigung abseiten Oesterreichs, Preußens und Sachsens in Wegfall kämen. Der Plan scheiterte, aber nur um erneut in der IV. Revisions-Commission von Hamburg in erster Linie wieder aufgenommen zu werden, und zwar diesmal wenigstens mit der bestimmt erklärten Absicht, daß die Interessen zu voll berücksichtigt werden sollten. Wiederum erklärten hierauf Hannover und Mecklenburg, wenngleich sie der Rückwirkung auf andere Einnahmequellen sich wohl bewußt waren, daß sie ungeachtet der Opfer, welche die Ablösung der Elbzölle für sie im Gefolge habe, lediglich um einen Beweis bundesfreundlichen Entgegenkommens zu geben, bereit seien, auf Verhandlung wegen Ablösung der Elbzölle einzugehen; es kam aber diesmal, obwohl sich Sachsen, Dänemark, Anhalt, Hamburg und Lübeck, also unter Hinzurechnung auch Mecklenburgs und Hannovers die entschiedene Mehrzahl (sfr. p. 11 und 12 der bezüglichen Protocolle) dem Plane geneigt erklärte, und wesentlich nur Preußen und Oesterreich widersprach, — welches letztere doch in der vorigen Commission noch einen eben dahin zielenden Antrag selbst gestellt hatte — der Plan überall nicht zur weiteren Erörterung. Aus dem Gesichtspunkt, daß in den Verträgen die Basis zu finden sei, wonach die Beseitigung der Elbzölle als eine vertragmäßige Verpflichtung gewährt werden müsse, wurden Ablösungsverhandlungen von denselben Regierungen, die solche Anträge selber zuvor und noch eben gestellt, nunmehr abgelehnt, und unentschädigte Herabsetzung und Aufhebung nunmehr gefordert; und dieser Gesichtspunkt ist seither auch in der V. Revisions-Commission ausschließlich festgehalten. Man vermeint, Vermittelungsvorschläge geboten zu haben, wenn man gegenüber den gestellten Anträgen auf völlige unentschädigte Aufhebung der Elbzölle sich für den Augenblick mit einem

Minus dieser Anforderungen, mit durchgreifender Herabsetzung des Zolls auf $\frac{1}{10}$ und $\frac{1}{40}$ noch zufrieden erklären will, um unter Offenhaltung und ausdrücklicher Aufrechterhaltung des Princips, daß jede Erleichterung, die der Verkehr erfordere, unentschädigt gewährt werden müsse, weiter auch diesen für den Augenblick noch zugelassenen Bestand der Elbzölle bei gelegener Zeit und nach Erforderniß vollends zu beseitigen. Daß es eine Vermittelung nicht sei, den betroffenen Staaten für den Augenblick nicht Alles, sondern nur den größten Theil ihrer Intrade unentschädigt zu nehmen, daß dies auf den Namen eines Vermittelungsvorschlags Anspruch nicht hat, liegt auf der Hand, und man wird es Mecklenburg um so weniger verargen, daß es hierauf nicht einzugehen vermag, als damit nicht allein seinen entgegenstehenden Rechten und Interessen keinerlei Rechnung getragen wird, sondern vielmehr nur künftigen weitergehenden Anmuthungen Thor und Wege zur völligen Durchsetzung geöffnet werden.

Wir glauben mit allem Vorerwähnten den Beweis erbracht zu haben, daß Mecklenburg an bundesfreundlichem Entgegenkommen seinerseits es nicht hat ermangeln lassen, wohl aber, daß ihm angemuthet wird, was es nach dem Correctiv, das bei Berücksichtigung fremder Interessen durch die heimischen Pflichten auferlegt ist, selbst bei dem bereitwilligsten Bemühen, sich den anderen Staaten willfährig zu zeigen, zu gewähren völlig außer Stande ist. Und wenn so ein Recht aus den Verträgen, den in Vorschlag gebrachten Erleichterungen auch mit eigenen Opfern zustimmen zu müssen, nicht existirt; bei dem aber, was aus bundesfreundlichem Entgegenkommen für die Interessen der anderen Staaten allein anzusprechen ist, über das Maß alles Zulässigen und Gewährlichen hinausgegriffen wird, so ist das Verhalten der Mecklenburgischen Regierung solchen Anforderungen gegenüber ohne Wahl vorgezeichnet.

Wir müssen es mit der Würde eines gleichberechtigten Staats unvereinbarlich halten, von dem, was er als Pflicht erkennt, sich abdrängen zu lassen, und wie sehr wir es auch bedauern müssen, wenn nicht noch jetzt ein Weg der versöhnenden Ausgleichung sich sollte finden lassen, so sind wir doch nicht in der Lage, ein Mehr denn eine ausgleichende Ablösung der Mecklenburgischen Elbzölle bieten zu können.

V. Widersprüche, in welche die jetzt das Recht auf Herabsetzung und Beseitigung der Elbzölle geltend machenden Staaten mit sich selbst gerathen.

Wie sehr übrigens selbst die Auffassung derjenigen Staaten, die jetzt den Anspruch auf unentschädigte Ermäßigung resp. Aufhebung der Elbzölle als ein vertragsmäßiges Recht erheben, früher eine völlig andere gewesen, ja von ihnen die völlig entgegengesetzte Auffassung lebhaft vertreten und vertheidigt worden ist, wird aus dem Folgenden erhellen.

Schon auf dem Congresse zu Wien war man sich völlig bewußt und sprach es ausdrücklich aus, daß die Aufgabe nur sei, ein für alle Mal ein Reglement zu entwerfen, und daß die demnächst auf Grund der Congressbestimmungen zur Abfassung der Reglements zusammentretende Commission nur eine einmalige transitorische Aufgabe habe. Mit der Errichtung des Reglements sollte Alles zu Ende sein; auch für die Zukunft bestimmte Grundsätze, die für die spätere Abänderung normgebend werden müßten, hinzustellen und auch deren Fixirung ins Reglement aufzunehmen, erkannte man völlig als außerhalb des eigenen und des der demnächstigen Redactions-Commission zuzuweisenden Berufs. „En parlant du principe „qu'en outre de l'établissement d'une commission transi-

„toire chargée de la confection des réglemens nécessaires pour l'établissement d'une police générale et uniforme sur la navigation du Rhin“, hieß es in der zweiten Conferenz der zur Entwerfung der Flußschiffahrtsartikel zusammengetretenen Commission auf dem Congreß (Klüber III. p. 23), und war also der zur Entwerfung der Reglements zusammenzutretenden Commission nichts weiter zugewiesen, als die vorübergehende Aufgabe der einmaligen „Confection“, völligen und definitiven Abmachung des Festzusetzenden. Und als nun bei den specielleren Bestimmungen wegen des Rheins, wo man schon selber das Reglement in allem Detail vorzeichnete, allerdings auch davon die Rede war, daß die zur Ueberwachung der Innehaltung des Reglements bestimmte dortige Central-Commission auch zum Vereinigungspunkt dienen könne, künftige Aenderungen zu berathen, sprach man auch hier im Laufe der Verhandlungen sich ausdrücklich dahin aus: daß man in solchem Betreff nur die Bestimmungen der Rheinoctroiconvention von 1804 zu adoptiren brauche und adoptiren wolle, welche im Art. 129 besagte: les dispositions de la présente convention „ne pourront être changées que de la même manière qu'elles ont été établies, c'est à dire par une nouvelle convention entre les hautes parties contractantes“, dasselbe was der Art. 130 dahin ausdrückte: „si l'un des gouvernemens refuse son approbation il y aura lieu à ouvrir une négociation“, also um auf dem eben angedeuteten Wege des Art. 129 die Abänderung zu versuchen. Diese Bestimmungen, meinte speciell der Preussische Gesandte Baron von Humboldt, sollten auch jetzt der Central-Commission in Rücksicht des Rheins übertragen sein, indem er ausdrücklich ad Art. 130 der alten Convention bei der ihm in der Commission übertragenen Entwerfung des neuen Reglements erklärte: d'après cette faculté elle peut évidemment aussi convenir des chan-

gemens, sauf à être approuvée par ses commettans, und bestätigte damit ausdrücklich das in der alten Convention rücksichtlich der künftigen Aenderungen aufgestellte Princip, daß letztere nur auf demselben Wege, wie das erste Reglement, c'est à dire par une nouvelle convention, zu Stande gebracht werden könnten. (Klüber III. p. 209). Dieser Gesichtspunkt ist auch nirgends wieder verlassen, und wir haben bereits oben gezeigt, wie auch in den allgemeinen Artikeln rücksichtlich der übrigen Flüsse schlechterdings Nichts über die Zukunft und spätere Abänderungen festzustellen unternommen, vielmehr ausdrücklich, daß man Nichts dieserhalb bestimmen wolle, ausgesprochen worden ist; man stellte auch hier zum Schlusse denselben Grundsatz auf: le règlement une fois arrêté ne pourra être changé que du consentement de tous les états riverains.

Diese Auffassung hat denn auch Preußen in der I. Revisions-Commission noch selber mit bedeutendem Nachdruck zu vertheidigen Veranlassung gehabt. Durch seinen Bevollmächtigten ließ es wörtlich in der 39. Conferenz der I. Revisions-Commission in Bezug auf den Art. 30 der Elbacte erklären: „Neue Verpflichtungen hat sich Keiner der contrahirenden Staaten durch die obgedachten Bestimmungen (des Art. 30) auferlegen wollen, das geht klar aus denselben hervor. Denn während der Revisions-Commission zur Pflicht gemacht wird, sich von der vollständigen Beobachtung der bereits vertragsmäßig eingegangenen Verpflichtungen zu überzeugen, und darnach die Abstellung von Beschwerden zu veranlassen, soll sie über Veranstaltungen und Maßregeln, welche nach neuerer Erfahrung Handel und Schifffahrt ferner erleichtern könnten, nur berathen dürfen. Die Fassung eines gemeinsamen Beschlusses darüber ist derselben nicht gestattet; jeder Bevollmächtigte soll bei seiner Regierung das Berathene zur Bewirkung eines Beschlusses in Vorschlag bringen und darin

liegt der sicherste Beweis von dem Rechte jedes der betreffenden Staaten, dem Berathenen und in Vorschlag Gebrachten seine Zustimmung zu verweigern (sfr. Protocoll der 39. Sitzung vom 7. Septbr. 1824)". — Der hier noch von den jetzt drängenden Interessen völlig unbefangenen dargelegte Inhalt des Artikels ist im Laufe der Zeit kein anderer geworden, und wenn jetzt die völlig entgegengesetzte Auffassung vertheidigt werden soll, so wird man mit uns einstimmen, daß das Ziel, das man erreichen will, in die nunmehrige Andersdeutung einfließt. Ebenso war vorausgehend in der 14. Conferenz derselben Commission von demselben Bevollmächtigten erklärt: „es würde vergebens sein, die Elbzölle als wirkliche Abgaben wegzuraisonniren, indem man ihnen eine gewisse ausschließliche Bestimmung beilegen will“, und war damit gerade der Behauptung begegnet und dieselbe als falsch abgelehnt worden, daß auf dem Congresse der Grundsatz angenommen sei, den Zöllen nur die Bestimmung zu geben, für die Kosten der Unterhaltung des Jahrwassers dienen zu sollen. Und noch deutlicher und bestimmter lautet die Preussische Erklärung in der XV. Conferenz derselben Commission, wo bezüglich der im Interesse des Handels und der Schifffahrt durch die Revisions-Commission zu bewirkenden Erleichterungen die Worte lauten: „Offenbar ist hierin von einem Tariffsaße die Rede, der bereits fixirt ist und zu dessen Ermäßigung kein Rechtstitel vorliegt. — — In dieser Beziehung — — kann daher aus dem alleinigen Interesse des Handels und der Schifffahrt keine Herabsetzung ihres (sc. es war gerade von Mecklenburg und Dänemark die Rede) Tariffsaßes begehrt werden, zu dem sie sich nicht bereitwillig von selbst verstehen“.

Und diese unzweideutigen Aussprüche wurden damals von Preußen nicht etwa im Gegensatz gegen die Auffassung der übrigen Staaten aufgestellt, sondern um aus diesen allseitig

anerkannten, von Keinem contestirten Sätzen weiter zu argumentiren; und erfolgte denn auch in der That so wenig irgend ein Widerspruch gegen diese Erklärungen, daß nicht bloß dadurch schon stillschweigend die Richtigkeit dieser Auffassung auch von allen übrigen Bevollmächtigten anerkannt wurde, sondern ausdrücklich die „Commission“ (d. i. nach dem dortigen Sinne des Ausdrucks: sämtliche Uferstaaten mit Ausnahme Preußens, welches die Abfassung einer neuen Staatsacte ablehnte) sich in der 39. Sitzung (der I. Revisions-Commission), ohne auch nur zu schwanken, zu der Erklärung vereinigte: „Wenn nun auch der Art. 30 der Elbacte nicht ausspricht, daß diese Acte durch nachträgliche Verträge ergänzt werden soll, und wenn auch die Commission mit voller Ueberzeugung die Ansicht des Königlich Preussischen Ministerii theilt, daß die Elbacte — auf ewige Zeiten vereinbart ist, so schließt dies doch nicht einzelne Verbesserungen aus, welche neuere Erfahrung an die Hand geben kann; jedoch können solche Ergänzungen und Abänderungen nur auf dieselbe Art vorgenommen werden, wie die Acte selbst zu Stande gebracht worden ist, oder mit anderen Worten, diese Ergänzungen u. können einzig und allein durch gemeinschaftliche Uebereinkunft aller Uferstaaten — veranlaßt werden“.

So waren also damals sämtliche Uferstaaten darin einverstanden, daß mit dem Art. 30 der Elbacte nur dasselbe gesagt sei, was Art. 129 der Rhein-Convention von 1804 dahin bestimmt: *les dispositions de la présente convention ne pourront être changées que de la même manière qu'elles ont été établies, c'est à dire par une nouvelle convention entre les hautes parties contractantes*, und daß in dem Art. 30 der Elbacte keinerlei Verpflichtungen übernommen seien, oder wie Preußen es ausdrücklich formulirte, daß „keinerlei Rechtstitel“ auf Herabsetzung des Tarifs im alleinigen Interesse des Handels

und der Schifffahrt existire. Es würde zu weit führen, alle die einzelnen Aussprüche, in denen wiederholt diese unzweifelhafte Auffassung von allen Seiten zu Tage trat, hier aufzuführen. Aber auch daraus, daß in der III. Revisions-Commission noch Oesterreich sich veranlaßt sah, ausdrücklich Ablösungsvorschläge zu stellen und zu befürworten, und fast sämtliche Staaten sich zur Verhandlung auf solcher Basis freudig bereit erklärten, als desgleichen in der IV. Revisions-Commission nochmals Hamburg diesen Weg der Ablösung ad modum des Sundzolls in erster Linie vertrat, wird erkannt werden, daß man sich keineswegs berechtigt fühlte, als eine zwangsweise Verpflichtung unentschädigt dasjenige zu fordern, wofür man Entschädigungsprincipien zu ermitteln sich Mühe gab. Wenn dasselbe Hamburg, welches in der IV. Commission diesen Vorschlag stellt, sich demnächst in derselben Revisions-Commission auf die Seite derer stellte, die nunmehr die Gewährung der unentschädigten Herabsetzung und baldigen Auflassung der Elbzölle als eine zwangsweise Verpflichtung aus den Verträgen ableiten zu können vermeinten, so fragt man mit Recht, woher es die Veranlassung nahm, noch eben vorher die Entschädigung derjenigen Staaten, die an den commerciellen und industriellen Interessen der Erleichterung nicht in gleichem Maße Theil haben würden, als einen annehmbaren Modus vorzuschlagen. Obgleich schon die Herabsetzung und sogar Beseitigung der Elbzölle als eine Nothwendigkeit betont wurde, fanden sich in der III. Revisions-Commission doch noch Preußen und Oesterreich zu der gemeinsamen Erklärung gemüßigt (p. 174 der bezüglichen Protocolle). „Es könne selbstverständlich nicht davon die Rede sein, irgend einer der vertretenen Regierungen das Recht zu bestreiten, bei Berathung und Feststellung von „Maßregeln im gemeinschaftlichen Interesse des Elbverkehrs die „Particular-Interessen ihres Staats bei ihren Ent-

„schließungen vor Allem ins Auge zu fassen“, und Oesterreich wiederholte, auch als es die Vertrags-Absicht zu betonen für gut fand, noch (p. 187 *ibid.*) ausdrücklich: „Allerdings können Modificationen des vertragsmäßigen Tarifs nur durch „das Einverständniß aller Uferstaaten zu Stande gebracht werden, und es ist der Beitritt zu derselben der freien Selbstbestimmung eines jeden derselben überlassen.“ Wo, fragen wir, bleibt die als zweifellos anerkannte Freiheit der Selbstbestimmung, wenn nicht eben jede Regierung frei und nach ihrer eigenen wohlgeprüften Ueberlegung soll ermessen dürfen, ob und welche Erleichterungen des Handels ihr die Particular-Interessen ihres Staats zu gewähren gestatten?

So ist von den diametral-entgegengesetzten früheren An-erkenntnissen aus jetzt in die einer Mißdeutung gar nicht fähige Bestimmung des Artikels 30 der Elbacte um der Ziele willen, die man verfolgt, die Auffassung einer vertragsmäßigen Verpflichtung der einzelnen Uferstaaten, der Herabsetzung und resp. Beseitigung der Elbzölle zustimmen zu müssen, hineinge-tragen, und das, was man früher nachdrücklich zu betonen für gut fand: daß „kein Rechtstitel“ zur Herabsetzung des Tarifs existire, daß „neue Verpflichtungen“ kein Uferstaat über-nommen, daß Abänderungen nur auf dieselbe Weise, wie die ursprünglichen Bestimmungen selbst, mittels freier Zustimmung jedes der einzelnen Staaten zu Stande gebracht werden könnten, jetzt in das directeste Gegentheil verkehrt, indem man den Anspruch erhebt, die Herabsetzung als ein zwangsweise durchsetzbares Recht zu begehren. Wir dürfen davon absehen, die Gründe dieser sich selbst widersprechendsten Auffassungen darzulegen, und nur auf das Folgende sei es gestattet, noch aufmerksam zu machen.

VI. Die Gründe, mit welchen man die unentschädigte Herabsetzung und resp. Beseitigung der Elbzölle versicht, sind vielmehr nur Gründe für die Entschädigung.

Auch wir verschließen uns keineswegs der Ansicht, daß bei den Bestimmungen des Pariser Friedens sowohl als demnächst bei den Artikeln über die Flußschiffahrt auf dem Congresse als endlich bei der Entwerfung der Elbacte die Absicht geleitet, den Handel und die Schifffahrt zu befördern. Kein anderes Motiv als dieses ist der Grund gewesen, um dessentwillen man sich zu dem, was man abmachte, entschloß. Dasjenige aber, was man abmachte um solcher Absicht willen, das Maß dessen, was man in solcher Intention zu gewähren sich verpflichtet, ist nie aus der Absicht zu entnehmen, sondern nur aus dem, was man abgemacht. Das Maß dessen, wozu man sich verpflichtet, ist nur das in der Elbacte Abgemachte, und bezüglich des Tarifs in specie der dort festgestellte und der Modus seiner Erhebung. Rücksichtlich der künftigen Abänderung, in specie auch des Tarifs, ist Alles offen erhalten, und keinerlei Verpflichtung übernommen, sondern Alles auf etwa künftige freie Entschließung gestellt. Daß auch bei dem, wozu man künftig weitergehend sich verpflichten werde, nur die Absicht leiten könne, den Handel und die Schifffahrt zu befördern, war selbstverständlich; denn es lag in dem Verufe jeder Regierung, alles Gute und Nützliche zu fördern; einen entgegengesetzten Verus kennt keine Regierung. Diese Absicht konnte also von keinem Vertrage erst auferlegt werden, sie war ohne jeglichen Vertrag in dem Verus jeder Regierung schon vorhanden; das was der Vertrag auferlegen konnte, war nur das, wozu man um solcher Absicht willen sich entschloß. Man wird also auch nicht aus dem Vertrage, sondern nur aus dem inwohnenden Verus jeder Regierung die zu erwartende Förderung und Erleichterung des Handels zc. ansprechen können.

Liegt aber dieser Verus jeder Regierung nach dem Maß der ihr gebotenen Möglichkeit ob, so wird man gerade in Anwendung dieses Grundsatzes nicht zu dem Resultate gelangen, daß nun Mecklenburg, das nach Ziehung des Facit aus den geforderten Erleichterungen nur mit einem ansehnlichen Deficit seiner Interessen hervorgehen würde, unausgeglichene Opfer dem Handel zu bringen habe, sondern umgekehrt zu dem Resultate, daß diejenigen Staaten, die an ihren commerciellen und industriellen Interessen zugeständenermaßen vorzugsweise durch die Erleichterung reichen Gewinn zu erwarten haben, nach dem Maße dieses ihres überwiegenden Vortheils, mit dem sie aus der Rechnung hervorgehen, die Interessen des Handels zu fördern, durch jenen innern Verus, durch jene Vertrags-Absicht, die gegen Mecklenburg geltend gemacht werden soll, ihrerseits verpflichtet sind. Wenn also, wie behauptet wird, die Interessen des Handels die begehrten Erleichterungen erheischen, so folgt daraus eben nur, daß diejenigen Regierungen, welche aus den Erleichterungen weit überwiegend in ihren commerciellen und industriellen Interessen eine reiche Ernte von Vortheilen finden, diejenigen Opfer, durch welche allein jene Erleichterungen möglich sind, und die sie eben wegen jener anderweitigen Vortheile zu übertragen vermögen, nach jener von ihnen selbst so stark betonten Vertrags-Absicht auch zu übertragen gehalten erscheinen. Sie sind es, die ihrem Veruse, nämlich der Ermöglichung von Maßregeln, wodurch man Handel und Schifffahrt erleichtern könnte, fehlen, wenn sie sich entziehen, diejenigen Opfer zu bringen, wofür sie anderweitige Ausgleihung finden; um solche Verluste auszugleichen, die einzelnen Uferstaaten erwachsen und wofür diese ohne gleichzeitige directe Entschädigung keine ausgleichenden Vortheile zu gewärtigen haben. Gerade also die Waffe, mit der man gegen Mecklenburg den Anspruch auf unentschädigte Herabsetzung und resp.

Aufhebung der Elbzölle erhebt, kehrt sich wider diejenigen Staaten, die solchen Anspruch erheben, und drängt umgekehrt gerade zu der Lösung, zu welcher Mecklenburg von jeher bereit gewesen.

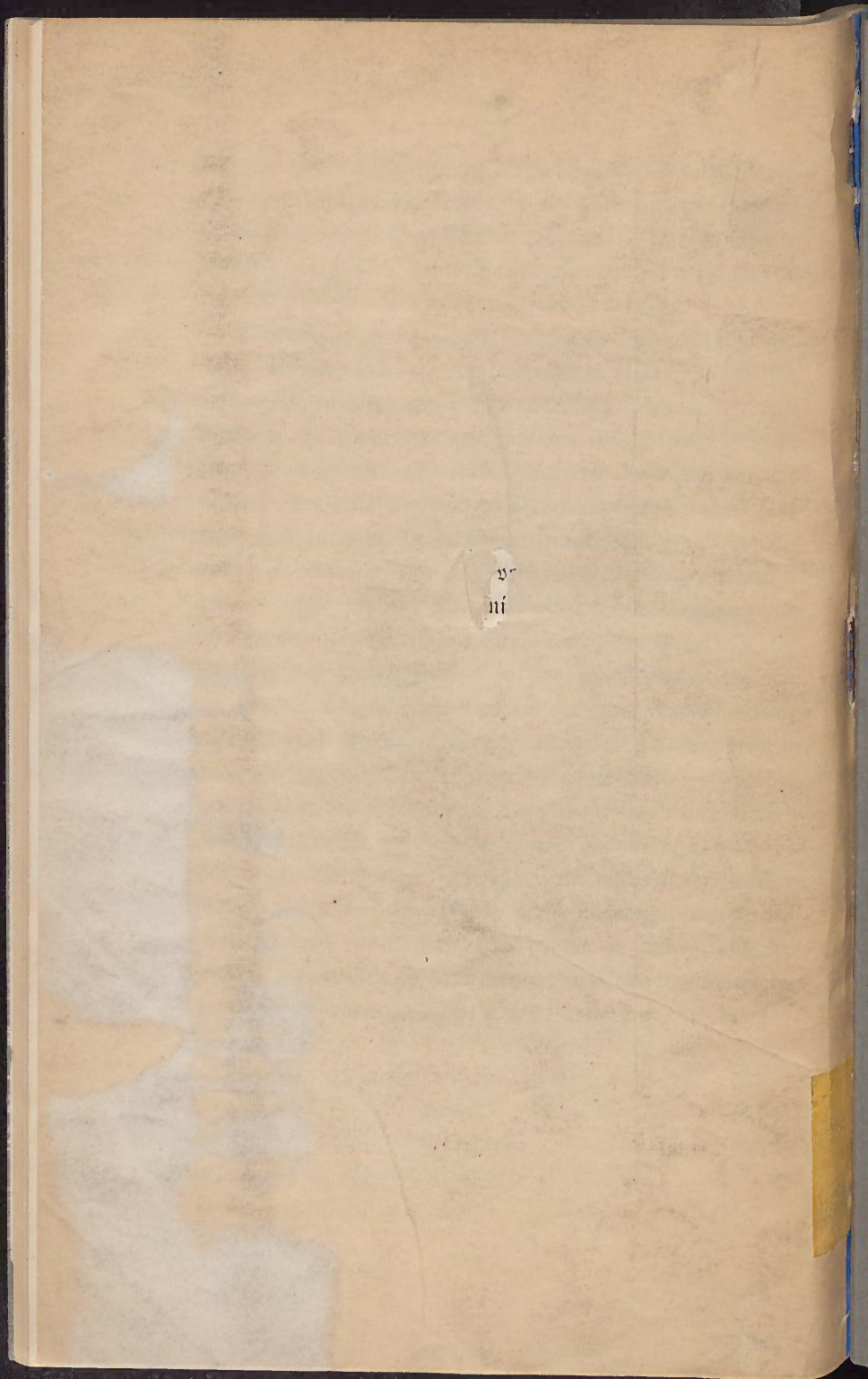
VII. Die allein mögliche Lösung.

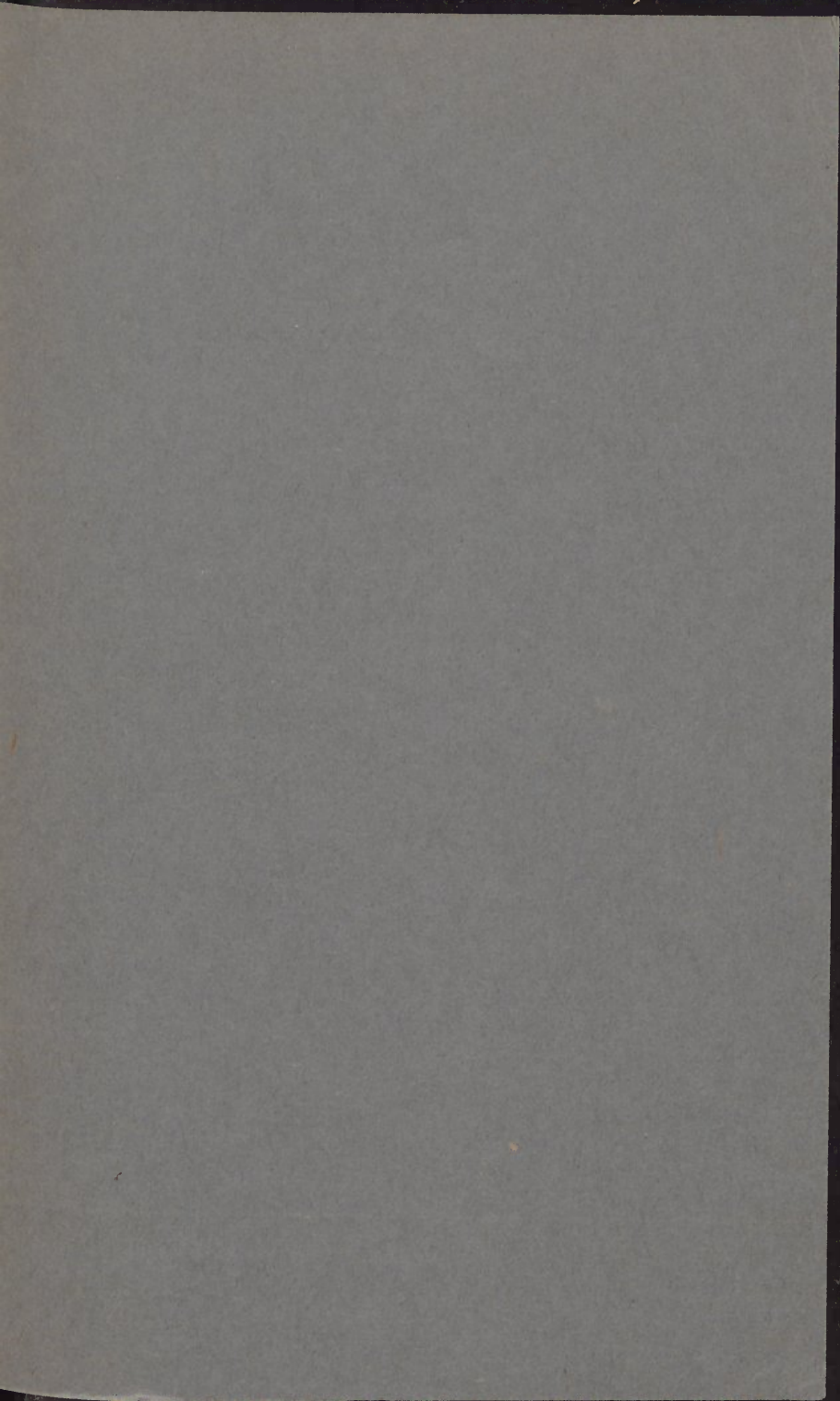
Dieser Weg zur Erleichterung des Elbverkehrs ist die Ausgleichung derjenigen Opfer, welche Mecklenburg ohne gleichzeitige Entschädigung nicht bringen kann, und der modus dieser Ausgleichung die Ablösung der Elbzölle.

Kein einzelner Staat sünnt dort, wo es sich um die Erreichung gemeinnütziger Zwecke handelt, seinen einzelnen Angehörigen zum Nutzen des Ganzen unentschädigte Opfer und positive Verluste an, und in allen civilisirten Ländern ist man auf das Auskunftsmittel der Expropriationen und Ablösungen verfallen; oberstes Gesetz derselben ist immer volle Entschädigung zu Gunsten des Abtretenden resp. seither Berechtigten, und es ist wahrlich kein Grund abzusehen, weshalb man im internationalen Verkehr dann, wenn eine Mehrheit von Staaten in ihrem Interesse und Vortheil die Abänderung eines rechtlich und factisch bestehenden Zustandes wünscht und erstrebt, und die Mitinteressenten, gegen ihr auf die Erhaltung des Bestehenden hinweisendes Interesse, aus bundesfreundlicher Gesinnung von einem ihnen zustehenden absoluten Widerspruchsrechte keinen Gebrauch machen, den Grundsatz der Entschädigung nicht zur Anwendung bringen sollte. Es gehört der jüngsten Vergangenheit an, daß sowohl der Sundzoll als der Stader Zoll in dieser Weise aufgehoben worden, und Mecklenburg hat beide Male, obwohl es bei der letzten Veranlassung mit einem nur sehr untergeordneten Interesse theilhaftig war, zu seinem Theil zur Erreichung des allseitig gewünschten Zweckes

und zur Mitwirkung an der Wahrung des Princip's bereitwillig die ihm zur Last geschriebenen Ablösungssummen contribuiert. Solchen Antecedentien gegenüber ist es um so weniger geneigt, dort, wo es berechtigt auftritt, die Forderung einer ausreichenden Entschädigung fallen zu lassen.

Mecklenburg ist sich damit bewußt, im vollen Maße dasjenige, was vermöge des oben besprochenen innern Berufs und der dargelegten Vertrags-Absicht an dasselbe herantritt, erfüllt zu haben, ist damit an der äußersten Grenze seiner Opferfähigkeit angelangt, und wird sich weder durch das maßlose Geschrei einer meist nur auf der Oberfläche schöpfenden Tagespresse, noch durch die unberufenen Aeußerungen und Reclamationen von Vereinen und s. g. volkswirtschaftlichen Versammlungen, welche bisher stets mit gänzlicher Verkennung und Verläugnung der historischen Gestaltungen der Gegenwart die Interessen des Handelsstandes in der einseitigsten Weise und nur vom Standpunkt der Theorie aus zum ausschließlichen Ausgangspunkt ihrer Bestrebungen nahmen, von dieser Position abdrängen lassen. Den einzigen Weg zu einer erfreulichen Entwicklung der allgemeinen Verhältnisse des gemeinsamen Deutschen Vaterlandes, und in specie auch einer gedeihlichen Lösung der Elbzollfrage, vermögen wir nur in der vollsten Achtung der gegenseitigen Rechte und Zuständigkeiten der einzelnen Staaten zu erkennen, und scheuen in der vorliegenden Materie eventualiter auch in keiner Weise die Anrufung und das Ergebniß eines Richterspruchs.







206\$01465678